

p.B.58.2. - Pologne
p.B.58.06.2.2. - FR/so

Bern, den 2. April 1981

p.B.58.20.(3)

Monsieur Saluz

V E R T R A U L I C H

LAGEKONFERENZ VOM 7. APRIL 1981

Zur politischen Lage in Polen nach dem IX. ZK-Plenum der PVAP

1. Die polnische Krise nimmt auch unter der seit fast zwei Monaten amtierenden Regierung Jaruzelski ihren Fortgang. Zu den bisherigen Konfliktursachen, die weiterbestehen und offenbar unaufhaltsam ihre Eigendynamik entwickeln, sind einige zusätzliche Elemente getreten, welche zu einer weiteren Verschlechterung der Lage führten.

2. General Jaruzelski zeigt als Ministerpräsident erwartungsgemäss etlichen politischen Spürsinn und versteht es, seine Entschlüsse auch energisch durchzusetzen. Behindert durch Widersacher im Politbüro und unter ständigem Druck aus Moskau, Berlin und Prag gelang es aber auch ihm bis jetzt nicht, eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung des Landes einzuleiten. Seine Aufgabe wird immer schwieriger, da er sich einer unabhängigen Gewerkschaft "Solidarität" gegenüber sieht, die entgegen entsprechenden Beteuerungen längst nicht mehr eine bloss gewerkschaftliche Rolle spielt, sondern de facto eine politische Gegenmacht zu Partei und Regierung geworden ist.

Jaruzelskis "Erfolge", die er gegenüber der Sowjetunion vorweisen kann, bestehen fast nur in der Wiederaufnahme der Dissidentenverfolgungen (namentlich gegen Mitglieder der "Konföderation für ein unabhängiges Polen" und von "KOR/KSS) sowie in seiner standhaften Weigerung, die "Land-Solidarität" offiziell anzuerkennen. Das von ihm geforderte 90-tägige Streik-

Streikmoratorium erwies sich hingegen als Illusion. Es kam in Lodz und Radom schon bald wieder zu vorübergehenden Arbeitsniederlegungen, und die schweren Zwischenfälle von Bydgoszcz führten neben Warnstreiks um ein Haar sogar zum ersten unbefristeten landesweiten Generalstreik in Polen.

3. Die Hintergründe des Zwischenfalls von Bydgoszcz wurden bis jetzt noch nicht restlos geklärt. Es ist indessen nicht unwahrscheinlich, dass es sich um eine bewusste Provokation handelte, auf die "Solidarität" hereingefallen ist. Die Regierung Jaruzelski selbst kann kein Interesse an einer derartigen Entwicklung gehabt haben. Die allfälligen Drahtzieher der Polizeiausschreitungen sind daher eher bei den Vertretern eines härteren Kurses im Politbüro bzw. direkt in Moskau zu suchen. Dort wollte man offenbar das provozieren, was zur Legitimierung eines harten Vorgehens gegen den polnischen Reformkurs und die Existenz von "Solidarität" bisher immer noch fehlte: das Auftreten von Gewalttätigkeit und eigentlichen Unruhen. In diesem Sinne handelte es sich um einen Anschlag, der nicht nur gegen "Solidarität", sondern in gleichem Masse gegen die politische Strategie Jaruzelskis gerichtet war.

4. Die Stellungnahme des Politbüros der PVAP nach den Ereignissen vor Bydgoszcz stellte eine massive Einmischung der Partei in die Regierungsangelegenheiten dar und desavouierte die bisherige Politik des Politbüromitgliedes und Ministerpräsidenten Jaruzelski, der sich bis dahin zusammen mit seinen Stellvertretern als recht geschickter Verhandlungspartner von Solidarität erwiesen hatte. Wie zerrissen die polnische Partei heute ist, wurde dann erneut am IX. ZK-Plenum (29./30. März) deutlich. Gespalten ist die PVAP einerseits an der Spitze, wo der offene Konflikt zwischen den Befürwortern einer harten Linie (Olszowski, Grabski u.a.) und den Anhängern des Reformkurses (namentlich Kania, Jaruzelski, Rakowski) nur ganz knapp vermieden werden konnte. Möglicherweise noch schwerwiegender

ist aber die völlige Entfremdung, ja eigentliche Rebellion der Parteibasis, die erklärtermassen auf Seite von "Solidarität" steht, ja teilweise dort sogar Mitglied ist, gegen Politbüro und Zentralkomitee, wo heute noch die unter Gierek gewählten Mitglieder sitzen.

Im Ergebnis führte das jüngste ZK-Plenum doch noch einmal zu einer Bestätigung der Stellung Kantias und Jaruzelskis sowie des von ihnen verfolgten Kurses der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erneuerung. Das ZK drückte sich aber einmal mehr um Grundsatzentscheide und schob die Lösung der ausstehenden Probleme weiter hinaus. Der schon mehrmals verschobene 9. ausserordentliche Parteitag soll jetzt noch vor der Sommerpause, d.h. vor dem 20. Juli stattfinden. Vorher sollen aber Vertreter der Parteispitze im direkten Gespräch mit der Basis die heute fehlende einheitliche Parteilinie wiederherzustellen versuchen. Dieses Vorhaben scheint umso dringlicher, als beim kürzlichen Kongress der zwar völlig unbedeutenden, aber mit der PVAP gleichgeschalteten "Demokratischen Partei" die bisherigen ZK- und Präsidiumsmitglieder nur zum kleinen Teil wiedergewählt wurden. Gleiches droht der PVAP, falls es ihrer Führung nicht gelingt, bis zum Parteikongress ihr offen rebellierendes Fussvolk wieder zum unbedingten Gehorsam zu bringen. Die Aussichten dafür sehen gegenwärtig schlecht aus. Ob das vom IX. ZK-Plenum der Parteibasis offenbar zugestandene Prinzip freier und geheimer Wahlen bei gleichzeitiger Erhöhung der Kandidatenzahl für Posten auf allen Parteiebenen auch für die Wahl der Parteitagsabgeordneten und des ZK Anwendung finden soll, ist noch unklar. Jedenfalls würde diese aus der Sicht der kommunistischen Lehre höchst dubiose Neuerung kaum geeignet sein, der jetzigen Führung der PVAP das Ueberleben zu sichern.

5. Eine zunehmende Entfremdung zwischen Basis und Spitze findet aber auch in den Reihen der unabhängigen Gewerkschaft "Solidarität" statt. Der einst gefeiert Held Lech Walesa sieht

sich heute heftigster Kritik ausgesetzt, die ihm Verrat an der gemeinsamen Sache vorwirft, weil er in den Verhandlungen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski zur Abwendung des Generalstreiks nicht sämtliche Forderungen von "Solidarität" durchsetzen konnte. In der Spitze der neuen Gewerkschaftsorganisationen herrschen heute verschiedene Tendenzen, und die Gefahr einer Spaltung konnte einstweilen nur um den Preis des Ausscheidens dreier prominenter Führungsmitglieder vermieden werden.

6. Polens Wirtschaft steht offenbar kurz vor dem Zusammenbruch. Die Behörden scheinen je länger desto weniger in der Lage zu sein, den Lauf der Ereignisse überhaupt noch unter Kontrolle zu behalten und werden von ihnen buchstäblich überrumpelt. Eine revidierte Fassung des zu Jahresbeginn veröffentlichten Entwurfes der Richtlinien über eine Wirtschaftsreform dürfte nicht vor Mitte April vorliegen, der versprochene Bericht über die Wirtschaftslage liegt bis heute noch nicht vor, und was den Dreijahres-Stabilisierungsplan anbelangt, so musste der Ministerpräsident zugeben, dass seine Fertigstellung bis Ende April angesichts der katastrophalen Entwicklung der Aussenverschuldung nicht mehr möglich sei.

Hauptursache der heute katastrophalen Ernährungslage ist letztlich der in der Vergangenheit angestellte Versuch der Kommunisten, die privaten bäuerlichen Betriebe allmählich zu liquidieren. Damit sich diese bauernfeindliche Politik nicht wiederholt, fordern die Landwirte eine eigene unabhängige Berufsorganisation. Solange sich das Regime weigert, eine solche "Land-Solidarität" offiziell anzuerkennen und nur die längst bestehenden "Landwirtschafts-Zirkel" zulässt, ist nicht damit zu rechnen, dass die Produktion der polnischen Landwirtschaft steigt, die potentiell durchaus in der Lage wäre, das Land zu ernähren.

Polens Bemühungen, zur Vermeidung des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs neue Kredite von seinen westlichen Gläubigern zu erhalten, haben einstweilen nicht den erhofften Erfolg gebracht. Die Londoner-Gespräche mit rund vierzig westlichen Gläubigerbanken sollen zwar demnächst weitergeführt werden; ihr Ergebnis hängt aber von den parallel in Paris auf Regierungsebene geführten Verhandlungen über die polnische Auswärtsschuld ab (die nächste Gesprächsrunde soll dort am 9./10. April stattfinden). Die von zahlreichen westlichen Staaten geleistete zusätzliche Nahrungsmittelhilfe dürfte die schlimmsten Engpässe zwar vorübergehend überbrücken, kann aber schon vom Umfang her die offenbar höchst prekäre Versorgungslage kaum nachhaltig verbessern.

Die Schweiz hat bisher gratis Nahrungsmittelhilfe im Wert von Fr. 630'000.- geleistet. Obwohl bis jetzt erstaunlicherweise noch kein polnisches Begehren um neue Finanzkredite vorliegt, studiert die Bundesverwaltung schon jetzt die Möglichkeiten, einem solchen Gesuch zu entsprechen. Insbesondere müsste eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Im Rahmen der Pariser Gläubigergespräche setzen wir uns für eine grosszügige Konsolidierung der polnischen Schulden ein, möchten sie aber an recht strenge Bedingungen gebunden sehen. Die ERG ist bereit, auf entsprechendes Begehren der betroffenen Banken ihre Garantien zu verlängern.

7. Die Sowjetunion hat ihre publizistische Einschüchterungskampagne, in der jetzt auch offen Parallelen mit 1956 und 1968 gezogen werden, durch neuen militärischen Druck ergänzt. Im Zuge der über das angekündigte Datum hinaus verlängerten Stabsmanöver "Sojuz 81" wurden die Führungsstrukturen der in und um Polen stationierten WAPA-Truppen auf einen bisher unerreichten Bereitschaftsgrad gebracht. Auch wenn die Stärke der allenfalls einsetzbaren Verbände schwer einzuschätzen ist, muss man davon ausgehen, dass eine Intervention zur Zeit sehr kurzfristig eingeleitet werden könnte. Ein Generalstreik, wie er am 31. März

auszubrechen drohte, würde die sowjetische Führung vermutlich zu sofortigem militärischen Eingreifen bewegen.

8. Zusammenfassend zeichnet sich die gegenwärtige politische Lage Polens durch folgende Elemente aus:

- Immer schlechtere Aussichten für ein Fortbestehen des labilen Gleichgewichtes zwischen zwei Machtzentren im Lande, die völlig entgegengesetzte politische Ziele verfolgen.
- Zunehmende Bedrängnis der einstweilen noch dominierenden gemässigten Kräfte, sowohl in Partei und Regierung als auch auf Seiten von "Solidarität".
- Wachsende Zahl abgesetzter und entprivilegiertes Funktionäre des alten Regimes, die nach Vergeltung rufen und auf Provokation sinnen.
- Drohender Zusammenbruch der bisherigen staatlichen Strukturen.
- Fortschreitend chaotische Wirtschafts- und Finanzlage, die bereits zu Lebensmittelknappheit führt.

In dieser Lage ist nicht auszuschliessen, dass es zur Proklamierung einer Art Ausnahmezustand kommt, in der die polnische Miliz und möglicherweise Teile der Armee zur Wiederherstellung einer notdürftigen staatlichen Ordnung eingesetzt werden. WAPA-Kräfte brauchten nicht unbedingt direkt einzugreifen, sondern könnten sich diskret im Hintergrund halten und lediglich Führungs- und logistische Aufgaben ausüben.

Angesichts der aus sowjetischer Sicht unbefriedigenden Leistungen Kanas und Jaruzelskis dürfte Moskau ausserdem mehr denn je versucht sein, ihm offenbar bedingungslos ergebene Leute wie Olszowski und Grabski an die Spitze der polnischen Partei und Regierung zu bringen - nötigenfalls auch mit undemokratischen Methoden.